

Art. 8. Le bureau de vérification vérifie les chiffres remplis au formulaire de demande et fait savoir dans un rapport de vérification à l' « Agentschap Ondernemen » s'il peut être indiqué avec un degré raisonnable de certitude que les données rapportées sont libres de mentions inexactes telles que visées à l'article 18 de l'arrêté du Gouvernement flamand du 21 avril 2014.

Le bureau de vérification informe l'entreprise par écrit du rapport de vérification visé à l'alinéa premier. La date de l'e-mail ou la date de la poste vaut comme date de réception.

Art. 9. Le cas échéant, l'entreprise adapte le formulaire de demande et le dépose par écrit, ensemble avec le rapport de vérification et la déclaration sur l'honneur signée, visée à l'article 7, alinéa trois, auprès de l' « Agentschap Ondernemen », dans une période de quatorze jours calendaires après la réception du rapport de vérification.

Art. 10. L' « Agentschap Ondernemen » juge si l'entreprise répond aux conditions, visées au décret du 16 mars 2012, à l'arrêté du Gouvernement flamand du 21 avril 2014 et au présent arrêté, et fixe le montant de la subvention tel que visé à l'article 19 de l'arrêté du Gouvernement flamand du 21 avril 2014.

Art. 11. Le Ministre donne délégation à l' « Agentschap Ondernemen » pour statuer sur l'octroi de subventions.

Art. 12. L'entreprise est informée par écrit de la décision par l' « Agentschap Ondernemen » tel que visé à l'article 21 de l'arrêté du Gouvernement flamand du 21 avril 2014.

Art. 13. Conformément à l'article 22 de l'arrêté du Gouvernement flamand du 21 avril 2014, la subvention à l'entreprise est payée à l'entreprise au plus tard douze mois après la date limite d'introduction de la demande de subvention, visée à l'article 17, alinéas premier et deux de l'arrêté du Gouvernement flamand du 21 avril 2014.

CHAPITRE 5. — *Disposition finale*

Art. 14. Le présent arrêté et l'arrêté du Gouvernement flamand du 21 avril 2014 portant octroi d'aides aux entreprises à titre de compensation des coûts d'émission indirectes entrent en vigueur le 1^{er} mai 2014.

Bruxelles, le 30 avril 2014.

Le Ministre flamand de l'Economie, de la Politique extérieure, de l'Agriculture et de la Ruralité,
K. PEETERS

La Ministre flamande de l'Environnement, de la Nature et de la Culture,
J. SCHAUVLIEGE

DEUTSCHSPRACHIGE GEMEINSCHAFT COMMUNAUTE GERMANOPHONE — DUITSTALIGE GEMEENSCHAP

MINISTERIUM DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT

[2014/202570]

31. MÄRZ 2014 — Dekret über die Kinderbetreuung (1)

Das Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft hat das Folgende angenommen und wir, Regierung, sanktionieren es:

KAPITEL 1 — *Allgemeine Bestimmungen*

Artikel 1 - Europaklausel.

Das vorliegende Dekret dient der teilweisen Umsetzung der Richtlinie 2006/123/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 12. Dezember 2006 über Dienstleistungen im Binnenmarkt.

Art. 2 - Begriffsbestimmungen.

Für die Anwendung des vorliegenden Dekrets versteht man unter:

1. Kinder: Personen, die ihr zwölftes Lebensjahr noch nicht vollendet haben;
2. Kinderbetreuung: die regelmäßige Betreuung von Kindern gegen Entgelt und in festgelegten Räumlichkeiten außerhalb der Wohnung der Erziehungsberechtigten;
3. Dienstleister: natürliche oder juristische Person bzw. nicht rechtsfähige Vereinigung, die haupt-, neben- oder ehrenamtlich eine Kinderbetreuung anbietet;
4. in der Kinderbetreuung tätige Person: natürliche Person, die als Dienstleister oder im Auftrag eines Dienstleisters tätig ist und selbst Kinder betreut oder unmittelbar und regelmäßig mit betreuten Kindern in Kontakt kommt.

In Abweichung von Absatz 1 Nummer 1 kann die Regierung Ausnahmefälle festlegen, in denen auch Personen, die bereits ihr zwölftes Lebensjahr vollendet haben, als Kinder im Sinne des vorliegenden Dekrets gelten.

In Abweichung von Absatz 1 Nummer 2 kann die Regierung Ausnahmefälle festlegen, in denen eine Kinderbetreuung auch innerhalb der Wohnung der Erziehungsberechtigten stattfindet.

Art. 3 - Anwendungsbereich.

Das vorliegende Dekret ist anwendbar auf alle Dienstleister, die im deutschen Sprachgebiet eine Kinderbetreuung anbieten.

Art. 4 - Grundsatz der Kinderbetreuung.

Im Rahmen des zur Verfügung stehenden Angebots an Kinderbetreuung sowie der verfügbaren Haushaltsmittel hat jede Familie mit Bedarf an Kinderbetreuung nach Maßgabe des vorliegenden Dekrets und seiner Ausführungs-erlasse das Recht auf Kinderbetreuung.

Art. 5 - Entwicklung des Kindes und Nichtdiskriminierung.

Die aufgrund des vorliegenden Dekrets anerkannten Dienstleister garantieren in der Kinderbetreuung jedem Kind optimale Möglichkeiten und Chancen zur Entfaltung. Sie berücksichtigen den individuellen Rhythmus des Kindes, fördern die geistige und motorische Entwicklung, die Kreativität und Beziehungsfähigkeit sowie die Sozialkompetenz des Kindes. Zudem bieten sie ausreichend Struktur durch Regeln und Kontinuität im Betreuungsablauf.

Jede Form von Diskriminierung im Sinne von Artikel 5 des Dekrets vom 19. März 2012 zur Bekämpfung bestimmter Formen der Diskriminierung ist bei der Kinderbetreuung verboten.

KAPITEL 2 — Anerkennung

Art. 6 - Grundsatz der Anerkennung.

Jeder Dienstleister, der eine Kinderbetreuung anbietet, muss vor Aufnahme der Tätigkeit von der Regierung anerkannt sein.

Art. 7 - Anerkennungsbedingungen.

Um anerkannt zu werden, halten die Dienstleister zumindest folgende Bedingungen ein:

1. die in der Kinderbetreuung tätigen Personen weisen einen Auszug aus dem Strafregister (Muster 2) für sich selbst sowie, falls die Kinderbetreuung in ihrer Wohnung stattfindet, für alle volljährigen Personen vor, die dem Haushalt angehören und/oder regelmäßig Kontakt zu den betreuten Kindern haben werden. Liegt der Wohnsitz dieser Personen im Ausland, weisen sie ein gleichwertiges Dokument einer zuständigen Behörde vor, das den Zugang zu einer Tätigkeit ermöglicht, die in den Bereich der Erziehung, der psycho-medizinisch-sozialen Betreuung, der Jugendhilfe, des Kinderschutzes, der Animation für oder Betreuung von Minderjährigen fällt;

2. die in der Kinderbetreuung tätigen Personen weisen ein ärztliches Attest vor, das nicht älter als zwei Monate ist und belegt, dass die Personen gesundheitlich in der Lage sind, Kinder zu betreuen;

3. insofern dies nicht aus dem in Nummer 2 erwähnten ärztlichen Attest hervorgeht, weisen die in der Kinderbetreuung tätigen weiblichen Personen, die jünger als 55 Jahre sind, einen ärztlichen Beleg vor, dass sie selbst sowie, falls die Kinderbetreuung in ihrer Wohnung stattfindet, die weiblichen Mitglieder ihres Haushalts, die jünger als 55 Jahre sind, gegen Röteln immunisiert sind. Die Verweigerung einer gegebenenfalls noch ausstehenden Impfung wird nur aufgrund eines entsprechenden begründeten ärztlichen Attestes angenommen;

4. die in der Kinderbetreuung tätigen Personen verpflichten sich, keine berufliche oder außerberufliche Aktivität auszuüben, die nicht mit der Kinderbetreuung zu vereinbaren ist oder die sie während der Dienstleistungsstunden von der Betreuung der Kinder abhalten könnte.

Die Kinderbetreuung findet in einem angemessenen Umfeld und in ausreichend großen, sicheren und sauberen Räumlichkeiten statt. Die Regierung legt die hierfür anwendbaren Kriterien fest und prüft die Räumlichkeiten im Zuge des in Artikel 8 erwähnten Anerkennungsverfahrens.

Die Kinderbetreuung erfolgt unter Einhaltung einer Aufnahmekapazität und einer Höchstanzahl der Kinder, die gleichzeitig betreut werden dürfen. Die Regierung legt den allgemeinen Rahmen fest.

Die Regierung präzisiert die in Absatz 1 aufgeführten Anerkennungsbedingungen und kann weitere Anerkennungsbedingungen festlegen, insofern diese zu einer Erhöhung der Qualität der Kinderbetreuung beitragen können.

Art. 8 - Anerkennungsverfahren.

§ 1 - Für den Erhalt der Anerkennung reichen die Dienstleister einen Antrag bei der Regierung ein.

Dem Antrag sind die in Artikel 7 Absatz 1 erwähnten Unterlagen sowie gegebenenfalls die in Artikel 17 § 1 Absatz 2 Nummer 4 erwähnte Zustimmung beigefügt. Die Regierung kann weitere Inhalte des Antrags auf Anerkennung festlegen, insofern diese zu einer Erhöhung der Qualität der Kinderbetreuung beitragen können.

Die Anerkennung legt zeitgleich für jeden Dienstleister die in Artikel 7 Absatz 3 erwähnte Aufnahmekapazität sowie die Höchstanzahl der Kinder fest, die er gleichzeitig betreuen darf.

Die Anerkennung ist persönlich und kann nicht ohne neuen Antrag übertragen werden.

Die Anerkennung wird grundsätzlich für einen unbestimmten Zeitraum erteilt. Die Regierung legt die eventuellen Ausnahmefälle fest, in denen eine befristete Anerkennung ausgesprochen wird.

§ 2 - Die anerkannten Dienstleister stellen einen neuen Antrag bzw. Teilantrag auf Anerkennung:

1. wenn die gegebenenfalls befristete Anerkennung abgelaufen ist;

2. wenn festgestellt wird, dass die in der Anerkennung erwähnten Angaben nicht mehr mit der Wirklichkeit übereinstimmen oder aus anderen Gründen die Notwendigkeit besteht, die in der Anerkennung erwähnten Angaben abzuändern.

§ 3 - Die Regierung legt Folgendes fest:

1. die Formen der Anerkennung;

2. die Verfahren zur gegebenenfalls vorläufigen und definitiven Anerkennung;

3. die Verfahren zur Abänderung der Anerkennung;

4. die Verfahren zur Verlängerung der Anerkennung;

5. die Einspruchsmöglichkeiten im Fall eines abgelehnten Antrags.

Art. 9 - Verpflichtungen zur Aufrechterhaltung der Anerkennung.

Für die Aufrechterhaltung der Anerkennung halten die anerkannten Dienstleister die im vorliegenden Dekret erwähnten Verpflichtungen ein, einschließlich der in Artikel 7 erwähnten Bedingungen, die der Anerkennung zugrunde liegen.

Die Regierung kann weitere Verpflichtungen zur Aufrechterhaltung der Anerkennung festlegen, insofern diese zu einer Erhöhung der Qualität der Kinderbetreuung beitragen können.

Art. 10 - Aussetzung und Entzug der Anerkennung.

§ 1 - Hält der anerkannte Dienstleister eine oder mehrere Verpflichtungen nicht ein, fordert die Regierung ihn gemäß den von ihr festgelegten Modalitäten auf, diesen Verpflichtungen nachzukommen.

Kommt der anerkannte Dienstleister nach der in Absatz 1 erwähnten Aufforderung weiterhin nicht den Verpflichtungen nach, setzt die Regierung die Anerkennung aus und/oder entzieht sie dem Dienstleister.

§ 2 - Die Regierung legt Folgendes fest:

1. die Verfahren zur Aussetzung der Anerkennung;
2. die Verfahren zum Entzug der Anerkennung;
3. die Einspruchsmöglichkeiten im Fall einer Aussetzung und/oder eines Entzugs der Anerkennung.

Art. 11 - Beendigung der Kinderbetreuung.

Unbeschadet einer freiwilligen Einstellung der Kinderbetreuung haben der Entzug der Anerkennung gemäß Artikel 10 oder gegebenenfalls der Ablauf der befristeten Anerkennung eines Dienstleisters die Beendigung der Kinderbetreuung zur Folge.

Die Regierung legt die Verfahren zur Beendigung einer Kinderbetreuung fest.

KAPITEL 3 — *Bezuschussung***Art. 12** - Zuschussung.

Nur anerkannte Dienstleister können im Rahmen der zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel Zuschüsse im Zusammenhang mit der Kinderbetreuung erhalten.

Die Regierung legt Folgendes fest:

1. die Bedingungen zur Gewährung der Zuschüsse;
2. die Zuschussformen;
3. die Höhe der Zuschüsse;
4. die Verfahren zur Beantragung und zur Auszahlung der Zuschüsse.

Art. 13 - Geschäftsführungsverträge.

Die Zuschussung und Aufgabenbeschreibung kann im Rahmen eines Geschäftsführungsvertrags gemäß Artikel 105 des Dekrets vom 25. Mai 2009 über die Haushaltsordnung der Deutschsprachigen Gemeinschaft zwischen einem anerkannten Dienstleister und der Regierung festgelegt werden.

KAPITEL 4 — *Vertraulichkeit und Datenschutz***Art. 14** - Vertraulichkeit.

Unbeschadet anderslautender zwingender gesetzlicher oder dekretaler Bestimmungen sind die Personen, die in der Kinderbetreuung tätig sind oder an der Ausführung des vorliegenden Dekrets beteiligt sind, dazu verpflichtet, die Angaben, die ihnen in Ausübung ihres Auftrags anvertraut werden, vertraulich zu behandeln.

Art. 15 - Schutz der personenbezogenen Daten.

§ 1 - Die Regierung sowie die gemäß Artikel 17 bestellten Inspektoren und externen Sachverständigen erheben und verarbeiten personenbezogene Daten im Hinblick auf die Ausführung ihrer gesetzlichen oder dekretalen Aufträge, insbesondere was die in den Kapiteln 2, 3, 5 und 6 aufgeführten Aufgaben betrifft. Sie dürfen die erhobenen Daten nicht zu anderen Zwecken als zur Ausführung ihrer gesetzlichen oder dekretalen Aufträge verwenden.

Die Dienstleister erheben und verarbeiten personenbezogene Daten im Hinblick auf die Ausführung ihrer gesetzlichen oder dekretalen Aufgaben und Verpflichtungen. Sie dürfen die erhobenen Daten nicht zu anderen Zwecken als zur Ausführung ihrer gesetzlichen oder dekretalen Aufgaben und Verpflichtungen verwenden.

§ 2 - Die Erhebung und Verarbeitung von personenbezogenen Daten erfolgt unter Einhaltung des Gesetzes vom 8. Dezember 1992 über den Schutz des Privatlebens hinsichtlich der Verarbeitung personenbezogener Daten.

§ 3 - Die Regierung sowie die gemäß Artikel 17 bestellten Inspektoren und externen Sachverständigen können alle gemäß § 1 angemessenen, sachdienlichen und verhältnismäßigen personenbezogenen Daten folgender Datenkategorien erheben und verarbeiten:

1. in Bezug auf die betreuten Kinder und die Familien der betreuten Kinder:
 - a) Daten zur Identität und Kontaktangaben;
 - b) Daten zur Haushaltszusammensetzung;
 - c) Daten zur Gesundheit der betreuten Kinder;
 - d) Daten zur finanziellen Situation;
 - e) Daten zur sozialen Situation;
 - f) Daten zur Bedarfserfassung von Dienstleistungen der Kinderbetreuung;
 - g) Daten zur Nutzung von Dienstleistungen der Kinderbetreuung;
 - h) Daten zum Krisenmanagement bei Dienstleistungen der Kinderbetreuung;
 - i) Daten zum Beschwerdemanagement bei Dienstleistungen der Kinderbetreuung;
2. in Bezug auf die in der Kinderbetreuung tätigen Personen sowie gegebenenfalls die Dienstleister, die eine Anerkennung beantragt und/oder erhalten haben:
 - a) Daten zur Identität und Kontaktangaben;
 - b) Daten zur Haushaltszusammensetzung;
 - c) Daten zum Arbeitsverhältnis;

- d) Daten zur Gesundheit der in der Kinderbetreuung tätigen Personen;
- e) besonders schützenswerte Daten der in der Kinderbetreuung tätigen Personen;
- f) gerichtliche Daten der in der Kinderbetreuung tätigen Personen;
- g) Daten zum Krisenmanagement bei Dienstleistungen der Kinderbetreuung;
- h) Daten zum Beschwerdemanagement bei Dienstleistungen der Kinderbetreuung;

3. in Bezug auf die volljährigen Personen, die dem Haushalt angehören und/oder regelmäßig Kontakt zu den betreuten Kindern haben werden, falls die Kinderbetreuung in der Wohnung der in der Kinderbetreuung tätigen Person stattfindet:

- a) Daten zur Identität;
- b) Daten zur Gesundheit;
- c) gerichtliche Daten.

Die Dienstleister können alle gemäß § 1 angemessenen, sachdienlichen und verhältnismäßigen personenbezogenen Daten folgender Datenkategorien erheben und verarbeiten:

1. in Bezug auf die betreuten Kinder und die Familien der betreuten Kinder: die in Absatz 1 Nummer 1 erwähnten Daten;
2. gegebenenfalls in Bezug auf die in der Kinderbetreuung tätigen Personen, die im Auftrag des Dienstleisters handeln: die in Absatz 1 Nummer 2 erwähnten Daten;
3. gegebenenfalls in Bezug auf die volljährigen Personen, die dem Haushalt angehören und/oder regelmäßig Kontakt zu den betreuten Kindern haben werden, falls die Kinderbetreuung in der Wohnung der in Nummer 2 erwähnten Personen stattfindet: die in Absatz 1 Nummer 3 erwähnten Daten.

Die Regierung präzisiert die in den Absätzen 1 und 2 aufgeführten Datenkategorien.

§ 4 - Die Daten können bis zu fünf Jahren nach Beendigung einer Kinderbetreuung verarbeitet werden. Spätestens nach Ablauf dieser Frist werden sie vernichtet.

KAPITEL 5 — Zusammenarbeit und Beschwerdemanagement

Art. 16 - Zusammenarbeit und Beschwerdemanagement.

Die anerkannten Dienstleister stehen im regelmäßigen Austausch mit den Erziehungsberechtigten der betreuten Kinder und arbeiten mit ihnen zusammen.

Sie nehmen eventuelle Beschwerden entgegen und bearbeiten diese gemäß den Vorgaben eines von ihnen festgelegten Beschwerdemanagements.

Die Regierung legt die weiteren Modalitäten zur Zusammenarbeit zwischen den anerkannten Dienstleistern und den Erziehungsberechtigten der betreuten Kinder sowie zu den Beschwerden fest.

KAPITEL 6 — Kontrollbestimmungen

Art. 17 - Begleitung, Beratung und Kontrolle.

§ 1 - Die anerkannten Dienstleister sowie die in der Kinderbetreuung tätigen Personen unterliegen der Aufsicht der von der Regierung bestellten Inspektoren. Die Inspektoren können die Unterstützung von Vertretern der öffentlichen Gewalt für die Ausübung ihres Auftrags beantragen.

Die mit der Begleitung, Beratung und Kontrolle beauftragten Inspektoren dürfen alle Untersuchungen, Kontrollen und Ermittlungen vornehmen und Auskünfte einholen, die sie für notwendig erachten, um sich zu vergewissern, dass die Bestimmungen des vorliegenden Dekrets und seiner Ausführungserlasse eingehalten werden. Sie können:

1. alle Personen über Tatsachen befragen, deren Kenntnis für die Ausübung der Überwachung nützlich ist;
2. sich an Ort und Stelle alle durch das vorliegende Dekret und seine Ausführungserlasse vorgeschriebenen Bücher und Unterlagen vorlegen lassen und Abschriften oder Auszüge davon anfertigen;
3. in alle Bücher und Unterlagen, die sich auf die von der Deutschsprachigen Gemeinschaft anerkannten und/oder bezuschussten Betreuungsformen beziehen, Einsicht nehmen;
4. während der Öffnungszeiten alle Räume der anerkannten Dienstleister einsehen, in denen die Betreuung durchgeführt wird, gegebenenfalls einschließlich der Wohnungen. Der Antrag auf Anerkennung beinhaltet eine entsprechende Zustimmung aller volljährigen Personen, die die Räume bewohnen, in denen die Betreuung durchgeführt wird;
5. außerhalb der Öffnungszeiten die Wohnungen mit dem Einverständnis aller volljähriger Bewohner einsehen;
6. unter Einhaltung der in den Nummern 4 und 5 vorgesehenen Bedingungen die Untersuchungen und Kontrollen ohne vorherige Anmeldung und ohne Begleitung des anerkannten Dienstleisters oder seines Vertreters vornehmen. In diesem Fall erhält der Dienstleister anschließend eine unverzügliche Mitteilung.

§ 2 - Die Regierung kann externe Sachverständige unter der Aufsicht der Inspektoren mit der Untersuchung und Begutachtung von anerkannten Dienstleistern sowie von in der Kinderbetreuung tätigen Personen beauftragen. In diesem Fall unterstützen die beauftragten Sachverständigen die Inspektoren bei der Ausübung ihrer in § 1 erwähnten Befugnisse.

§ 3 - Die Kontrolle der Verwendung der gewährten Zuschüsse erfolgt gemäß den Bestimmungen des Gesetzes vom 16. Mai 2003 über die allgemeinen Bestimmungen bezüglich der Haushalte, der Kontrolle der Subventionen und der Buchhaltung der Gemeinschaften und der Regionen sowie der Organisation der Kontrolle durch den Rechnungshof.

KAPITEL 7 — Strafrechtliche Bestimmungen

Art. 18 - Strafrechtliche Bestimmung.

Wer entgegen den Bestimmungen des Kapitels 2 ein Kind oder mehrere Kinder betreut, wird mit einer Gefängnisstrafe von acht Tagen bis zu sechs Monaten und mit einem Bußgeld von 26 bis 124 Euro oder mit nur einer dieser Strafen belegt.

Art. 19 - Strafrechtliche Bestimmung.

Wer die Arbeit der in Artikel 17 erwähnten Inspektoren behindert, wird mit einem Bußgeld von 26 bis 124 Euro belegt.

KAPITEL 8 — *Schlussbestimmungen***Art. 20** - Abänderungsbestimmung.

Im Dekret vom 9. Mai 1988 über die Betreuung von Kindern bis zu zwölf Jahren und über den Fonds für Schwangere in Notlagen und zum Schutz von Kindern werden folgende Artikel aufgehoben:

1. Artikel 4, abgeändert durch die Dekrete vom 7. Januar 2002, 3. Februar 2003, 20. Februar 2006 und 15. März 2010;
2. Artikel 5;
3. Artikel 6, ersetzt durch das Dekret vom 19. April 2010.

Art. 21 - Übergangsbestimmung.

Unbeschadet Absatz 2 gelten die aufgrund von Artikel 4 des Dekrets vom 9. Mai 1988 über die Betreuung von Kindern bis zu zwölf Jahren und über den Fonds für Schwangere in Notlagen und zum Schutz von Kindern vor dem Inkrafttreten des vorliegenden Dekrets anerkannten Personen oder Organisationen für die Anwendung des Kapitels 2 als von der Regierung anerkannt.

Die in Absatz 1 erwähnten Personen oder Organisationen verfügen über eine Frist von zwölf Monaten ab Inkrafttreten, um gegebenenfalls erforderliche Anpassungen im Hinblick auf die Übereinstimmung mit dem vorliegenden Dekret vorzunehmen.

Art. 22 - Inkrafttreten.

Das vorliegende Dekret tritt an einem Zeitpunkt, den die Regierung bestimmt, und spätestens am 1. Januar 2015 in Kraft.

Wir fertigen das vorliegende Dekret aus und ordnen an, dass es durch das *Belgische Staatsblatt* veröffentlicht wird. Eupen, den 31. März 2014

Der Ministerpräsident,
Minister für lokale Behörden
K.-H. LAMBERTZ

Der Minister für Unterricht, Ausbildung und Beschäftigung
O. PAASCH

Die Ministerin für Kultur, Medien und Tourismus
Frau I. WEYKMANS

Der Minister für Familie, Gesundheit und Soziales
H. MOLLERS

—
Fußnote

Sitzungsperiode 2013-2014

Nummerierte Dokumente: 209 (2013-2014), Nr. 1 Dekretentwurf.

209 (2013-2014), Nr. 2 Abänderungsvorschlag.

209 (2013-2014), Nr. 3 Bericht.

Ausführlicher Bericht: 31. März 2014 Nr. 64 Diskussion und Abstimmung.

TRADUCTION

MINISTERE DE LA COMMUNAUTE GERMANOPHONE

[2014/202570]

31 MARS 2014. — Décret relatif à l'accueil d'enfants (1)

Le Parlement de la Communauté germanophone a adopté et Nous, Gouvernement, sanctionnons ce qui suit :

CHAPITRE 1^{er}. — *Dispositions générales***Article 1^{er}.** Clause européenne.

Ce décret sert à transposer partiellement la directive 2006/123/CE du Parlement européen et du Conseil du 12 décembre 2006 relative aux services dans le marché intérieur.

Art. 2. Définitions.

Pour l'application du présent décret, l'on entend par :

- 1° enfants : les personnes qui n'ont pas douze ans accomplis;
- 2° accueil d'enfants : l'accueil régulier d'enfants, contre paiement et dans des locaux déterminés, en dehors de l'habitation des personnes chargées de leur éducation;
- 3° prestataire : la personne physique ou morale ou l'association de fait qui propose un accueil d'enfants, à titre de profession principale ou accessoire ou à titre bénévole;
- 4° personne active dans l'accueil d'enfants : la personne physique qui est active en tant que prestataire ou pour le compte d'un prestataire et accueille elle-même des enfants ou entre directement et régulièrement en contact avec des enfants gardés.

Par dérogation à l'alinéa 1^{er}, 1^o, le Gouvernement peut déterminer des cas exceptionnels où des personnes ayant douze ans accomplis peuvent être considérées comme enfants au sens du présent décret.

Par dérogation à l'alinéa 1^{er}, 2^o, le Gouvernement peut déterminer des cas exceptionnels où un accueil d'enfants peut également avoir lieu dans l'habitation des personnes chargées de l'éducation de l'enfant.

Art. 3. Champ d'application.

Le présent décret s'applique à tous les prestataires qui proposent un accueil d'enfants en région de langue allemande.

Art. 4. Principe de l'accueil d'enfants.

Dans le cadre de l'offre existant en matière d'accueil d'enfants et dans les limites des crédits budgétaires disponibles, toute famille nécessitant un accueil d'enfants y a droit conformément au présent décret et à ses arrêtés d'exécution.

Art. 5. Développement de l'enfant et non-discrimination.

Les prestataires agréés en vertu du présent décret garantissent à chaque enfant, dans le cadre de l'accueil d'enfants, des possibilités et chances optimales d'épanouissement. Ils respectent le rythme de l'enfant, favorisent son développement intellectuel et moteur, sa créativité et ses capacités relationnelles, ainsi que ses compétences sociales. De plus, ils offrent suffisamment de structure grâce à des règles et à la continuité dans le déroulement de l'accueil.

Toute forme de discrimination au sens de l'article 5 du décret du 19 mars 2012 visant à lutter contre certaines formes de discrimination est interdite dans le cadre de l'accueil d'enfants.

CHAPITRE 2. — Agréation

Art. 6. Principe de l'agréation.

Toute prestataire proposant un accueil d'enfants doit, avant de débiter ses activités, être agréé par le Gouvernement.

Art. 7. Conditions d'agréation.

Pour être agréés, les prestataires doivent au moins remplir les conditions suivantes :

1^o les personnes actives dans l'accueil d'enfants produisent un extrait du casier judiciaire (modèle 2) pour elles-mêmes ainsi que, si l'accueil des enfants a lieu dans leur habitation, pour toutes les personnes majeures qui font partie du ménage et/ou seront régulièrement en contact avec les enfants gardés. Si ces personnes sont domiciliées à l'étranger, elles produisent un document équivalent établi par une autorité compétente et permettant l'accès à une activité relevant du domaine de l'éducation, de la guidance psycho-médico-sociale, de l'aide à la jeunesse, de la protection des enfants, de l'animation ou de la garde de mineurs d'âge;

2^o les personnes actives dans l'accueil d'enfants produisent un certificat médical de moins de deux mois de date et attestant qu'elles sont en mesure de garder des enfants;

3^o dans la mesure où cela ne ressort pas du certificat médical mentionné au 2^o, les personnes de sexe féminin actives dans l'accueil d'enfants et âgées de moins de 55 ans présentent un certificat médical attestant qu'elles-mêmes et, si l'accueil des enfants a lieu dans leur habitation, les membres féminins de leur ménage âgés de moins de 55 ans sont immunisés contre la rubéole. Le refus d'une éventuelle future vaccination n'est admis que sur présentation d'un certificat médical ad hoc dûment justifié;

4^o les personnes actives dans l'accueil d'enfants s'engagent à n'exercer aucune activité, professionnelle ou non, incompatible avec l'accueil d'enfants ou qui pourrait les empêcher d'accueillir les enfants pendant les heures de prestation.

L'accueil se déroule dans un environnement adapté et dans des locaux suffisamment grands, sûrs et propres. Le Gouvernement fixe les critères applicables à cet égard et vérifie les locaux dans le cadre de la procédure d'agréation mentionnée à l'article 8.

L'accueil se déroule moyennant le respect de la capacité d'accueil et du nombre maximal d'enfants pouvant être accueillis simultanément. Le Gouvernement fixe le cadre général.

Le Gouvernement précise les conditions d'agréation mentionnées au premier alinéa et peut en fixer d'autres dans la mesure où elles peuvent contribuer à améliorer la qualité de l'accueil.

Art. 8. Procédure d'agréation.

§ 1^{er}. Pour obtenir l'agréation, les prestataires introduisent une demande auprès du Gouvernement.

La demande doit être accompagnée des documents mentionnés à l'article 7, alinéa 1^{er}, ainsi que de l'accord mentionné à l'article 17, § 1^{er}, alinéa 2, 4^o, le cas échéant. Le Gouvernement peut déterminer d'autres contenus pour la demande d'agréation dans la mesure où ils peuvent contribuer à améliorer la qualité de l'accueil.

L'agréation fixe en même temps, pour chaque prestataire, la capacité d'accueil mentionnée à l'article 7, alinéa 3, et le nombre maximal d'enfants qu'il peut accueillir simultanément.

L'agréation est personnelle et ne peut être cédée sans une nouvelle demande.

L'agréation est en principe octroyée pour une durée indéterminée. Le Gouvernement fixe les éventuels cas exceptionnels où une agréation est accordée pour une durée déterminée.

§ 2. Selon le cas, les prestataires agréés introduisent une nouvelle demande, complète ou partielle, d'agrément :

1° lorsque l'agrément, accordée éventuellement pour une durée déterminée, est arrivée à échéance;

2° lorsqu'il est constaté que les données reprises dans l'agrément ne correspondent plus à la réalité ou qu'il est nécessaire, pour d'autres raisons, de modifier les données reprises dans l'agrément.

§ 3. Le Gouvernement fixe ce qui suit :

1° les formes de l'agrément;

2° les procédures d'agrément définitive et, le cas échéant, provisoire;

3° les procédures de modification de l'agrément;

4° les procédures de prolongation de l'agrément;

5° les possibilités de recours lorsque la demande a été rejetée.

Art. 9. Obligations pour conserver l'agrément.

Pour conserver l'agrément, les prestataires agréés respectent les obligations mentionnées dans le présent décret, y compris les obligations mises à l'agrément, mentionnées à l'article 7.

Le Gouvernement peut déterminer d'autres obligations à remplir pour conserver l'agrément, dans la mesure où elles peuvent contribuer à améliorer la qualité de l'accueil.

Art. 10. Suspension et retrait de l'agrément.

§ 1^{er}. Si un prestataire agréé ne remplit pas une ou plusieurs obligations, le Gouvernement l'invite à se mettre en ordre conformément aux modalités fixées par le Gouvernement.

Si le prestataire agréé ne remplit toujours pas les obligations après l'invitation mentionnée au premier alinéa, le Gouvernement suspend et/ou retire l'agrément du prestataire.

§ 2. Le Gouvernement fixe ce qui suit :

1° les procédures de suspension de l'agrément;

2° les procédures de retrait de l'agrément;

3° les possibilités de recours en cas de suspension et/ou retrait de l'agrément.

Art. 11. Cessation de l'accueil d'enfants.

Sans préjudice de l'arrêt volontaire de l'accueil d'enfants, le retrait de l'agrément conformément à l'article 10 ou, le cas échéant, l'expiration de l'agrément à durée déterminée d'un prestataire entraînent la cessation de l'accueil.

Le Gouvernement fixe la procédure relative à la cessation d'un accueil d'enfants.

CHAPITRE 3. — *Subventionnement*

Art. 12. Subventionnement.

Seuls les prestataires agréés peuvent obtenir, dans les limites des crédits budgétaires disponibles, des subsides en lien avec l'accueil d'enfants.

Le Gouvernement fixe ce qui suit :

1° les conditions d'octroi des subsides;

2° les formes de subsidiation;

3° le montant des subsides;

4° la procédure de demande et de liquidation des subsides.

Art. 13. Contrats de gestion.

La subsidiation et les missions peuvent être fixées dans le cadre d'un contrat de gestion conclu entre un prestataire agréé et le Gouvernement conformément à l'article 105 du décret du 25 mai 2009 relatif au règlement budgétaire de la Communauté germanophone.

CHAPITRE 4. — *Confidentialité et protection des données*

Art. 14. Confidentialité.

Sans préjudice de dispositions légales ou décrétales contraignantes contraires, les personnes actives dans l'accueil d'enfants ou parties prenantes à l'exécution du présent décret doivent traiter confidentiellement les données qui leur sont confiées dans le cadre de l'exercice de leur mission.

Art. 15. Protection des données à caractère personnel.

§ 1^{er}. Le Gouvernement ainsi que les inspecteurs et experts extérieurs désignés conformément à l'article 17 collectent et traitent des données à caractère personnel en vue de l'exercice de leurs missions légales ou décrétales, notamment en ce qui concerne les tâches mentionnées aux chapitres 2, 3, 5 et 6. Ils ne peuvent utiliser les données collectées à d'autres fins que l'exercice de leurs missions légales ou décrétales.

Les prestataires collectent et traitent les données à caractère personnel en vue de remplir leurs missions et obligations légales ou décrétales. Ils ne peuvent utiliser les données collectées à d'autres fins.

§ 2. La collecte et le traitement de données à caractère personnel s'opèrent dans le respect de la loi du 8 décembre 1992 relative à la protection de la vie privée à l'égard des traitements de données à caractère personnel.

§ 3. Le Gouvernement ainsi que les inspecteurs et experts extérieurs désignés conformément à l'article 17 peuvent collecter et traiter toutes les données à caractère personnel des catégories suivantes qui, conformément au § 1^{er}, sont appropriées, utiles et proportionnées :

1° en ce qui concerne les enfants gardés et leurs familles :

a) les données relatives à l'identité et les coordonnées de contact;

b) les données relatives à la composition du ménage;

- c) les données relatives à la santé des enfants gardés;
 - d) les données relatives à la situation financière;
 - e) les données relatives à la situation sociale;
 - f) les données relatives à la détermination des services nécessaires en matière d'accueil d'enfants;
 - g) les données relatives à l'utilisation de services en matière d'accueil d'enfants;
 - h) les données relatives à la gestion de situations de crise lorsque sont prestés des services en matière d'accueil d'enfants;
 - i) les données relatives à la gestion des plaintes lorsque sont prestés des services en matière d'accueil d'enfants;
- 2° en ce qui concerne les personnes actives dans l'accueil d'enfants ainsi que, le cas échéant, les prestataires ayant demandé et/ou obtenu une agréation :
- a) les données relatives à l'identité et les coordonnées de contact;
 - b) les données relatives à la composition du ménage;
 - c) les données relatives à la relation de travail;
 - d) les données relatives à la santé des personnes actives dans l'accueil d'enfants;
 - e) les données particulièrement dignes d'être protégées relatives aux personnes actives dans l'accueil d'enfants;
 - f) les données judiciaires relatives aux personnes actives dans l'accueil d'enfants;
 - g) les données relatives à la gestion de situations de crise lorsque sont prestés des services en matière d'accueil d'enfants;
 - h) les données relatives à la gestion des plaintes lorsque sont prestés des services en matière d'accueil d'enfants;
- 3° en ce qui concerne toutes les personnes majeures qui font partie du ménage et/ou seront régulièrement en contact avec les enfants gardés, si l'accueil des enfants a lieu dans l'habitation de la personne active dans l'accueil d'enfant :
- a) les données relatives à l'identité;
 - b) les données relatives à la santé;
 - c) les données judiciaires.

Les prestataires peuvent collecter et traiter toutes les données personnelles des catégories suivantes qui, conformément au § 1^{er}, sont appropriées, utiles et proportionnées :

1° en ce qui concerne les enfants gardés et leurs familles : les données mentionnées à l'alinéa 1^{er}, 1°;

2° en ce qui concerne les personnes actives dans l'accueil d'enfants qui, le cas échéant, agissent pour le compte du prestataire : les données mentionnées à l'alinéa 1^{er}, 2°;

3° en ce qui concerne toutes les personnes majeures qui font partie du ménage et/ou seront régulièrement en contact avec les enfants gardés, si l'accueil des enfants a lieu, le cas échéant, dans l'habitation de la personne mentionnée au 2° : les données mentionnées à l'alinéa 1^{er}, 3°.

Le Gouvernement précise les catégories de données mentionnées aux alinéas 1 et 2.

§ 4. Les données peuvent être traitées jusqu'à cinq ans après la fin d'un accueil d'enfants. Elles sont détruites au plus tard au terme de ce délai.

CHAPITRE 5. — *Coopération et gestion des plaintes*

Art. 16. Coopération et gestion des plaintes.

Les prestataires agréés ont des échanges réguliers avec les personnes chargées de l'éducation des enfants gardés et coopèrent avec elles.

Ils recueillent les plaintes éventuelles et les traitent conformément à une gestion des plaintes déterminée par eux.

Le Gouvernement fixe les autres modalités en ce qui concerne la coopération entre les prestataires agréés et les personnes chargées de l'éducation des enfants gardés et en ce qui concerne les plaintes.

CHAPITRE 6. — *Dispositions relatives au contrôle*

Art. 17. Encadrement, conseil et contrôle.

§ 1^{er}. Les prestataires agréés ainsi que les personnes actives dans l'accueil d'enfants sont soumis au contrôle des inspecteurs désignés par le Gouvernement. Les inspecteurs peuvent demander le soutien de représentants de la force publique pour exercer leur mission.

Les inspecteurs chargés de l'encadrement, du conseil et du contrôle peuvent procéder à toutes les enquêtes, à tous les contrôles et à toutes les informations et collecter tous renseignements qu'ils estiment nécessaires pour s'assurer que les dispositions du présent décret et de ses arrêtés d'exécution sont respectées. Ils peuvent :

1° interroger toute personne quant à des faits dont la connaissance est utile à l'exercice de la surveillance;

2° se faire produire sans déplacement tous les livres et documents prescrits par le décret et ses arrêtés d'exécution et en établir des copies ou extraits;

3° consulter tous livres et documents se rapportant aux formes d'accueil agréées et/ou subsidiées par la Communauté germanophone;

4° visiter, pendant les heures d'ouverture, tous les locaux des prestataires agréés où se déroule l'accueil, y compris, le cas échéant, les habitations. La demande d'agrément contient l'accord y relatif, marqué par toutes les personnes majeures habitant les locaux où se déroule l'accueil;

5° visiter, en dehors des heures d'ouverture, les habitations moyennant l'accord de tous les habitants majeurs;

6° procéder, moyennant le respect de conditions prévues aux 4° et 5°, aux enquêtes et contrôles sans annonce préalable et sans être accompagnés par le prestataire agréé ou son représentant. Dans ce cas, le prestataire en est ensuite immédiatement informé.

§ 2. Le Gouvernement peut mandater des experts externes pour, sous la tutelle des inspecteurs, contrôler des prestataires agréés et des personnes actives dans l'accueil d'enfants et émettre un avis à leur sujet. Dans ce cas, les experts mandatés soutiennent les inspecteurs dans l'exercice des compétences mentionnées au § 1^{er}.

§ 3. Le contrôle de l'utilisation des subsides octroyés s'opère conformément à la loi du 16 mai 2003 fixant les dispositions générales applicables aux budgets, au contrôle des subventions et à la comptabilité des communautés et des régions, ainsi qu'à l'organisation du contrôle de la Cour des Comptes.

CHAPITRE 7. — *Dispositions pénales*

Art. 18. Disposition pénale.

Quiconque accueille un ou plusieurs enfants en infraction aux dispositions du chapitre 2 est passible d'une peine d'emprisonnement de huit jours à six mois et d'une amende de 26 à 124 euros ou d'une de ces peines seulement.

Art. 19. Disposition pénale.

Quiconque entrave le travail des inspecteurs mentionnés à l'article 17 est passible d'une amende de 26 à 124 euros.

CHAPITRE 8. — *Dispositions finales*

Art. 20. Disposition modificative.

Dans le décret du 9 mai 1988 relatif à l'accueil d'enfants de moins de douze ans et au Fonds pour les femmes enceintes en situation précaire et pour la protection d'enfants, les articles suivants sont abrogés :

1° l'article 4, modifié par les décrets des 7 janvier 2002, 3 février 2003, 20 février 2006 et 15 mars 2010;

2° l'article 5;

3° l'article 6, remplacé par le décret du 19 avril 2010.

Art. 21. Disposition transitoire.

Sans préjudice du deuxième alinéa, les personnes ou organisations agréées avant l'entrée en vigueur du présent décret en vertu de l'article 4 du décret du 9 mai 1988 relatif à l'accueil d'enfants de moins de douze ans et au Fonds pour les femmes enceintes en situation précaire et pour la protection d'enfants, sont considérées comme étant agréées par le Gouvernement en application du chapitre 2.

A dater de l'entrée en vigueur du présent décret, les personnes et organisations visées au premier alinéa disposent, en vue de s'y conformer, d'un délai de six mois pour procéder aux adaptations éventuellement nécessaires.

Art. 22. Entrée en vigueur.

Le présent décret entre en vigueur à un moment déterminé par le Gouvernement et, au plus tard, le 1^{er} janvier 2015.

Promulguons le présent décret et ordonnons qu'il soit publié au *Moniteur belge*.

Eupen le 31 mars 2014.

Le Ministre-Président,
Ministre des Pouvoirs locaux,
K.-H. LAMBERTZ

Le Ministre de l'Enseignement, de la Formation et de l'Emploi,
O. PAASCH

La Ministre de la Culture, des Médias et du Tourisme,
Mme I. WEYKMANS

Le Ministre de la Famille, de la Santé et des Affaires sociales,
H. MOLLERS

—
Note

Session 2013-2014.

Documents parlementaires : 209 (2013-2014), n° 1. Projet de décret.

209 (2013-2014), n° 2. Proposition d'amendement.

209 (2013-2014), n° 3. Rapport.

Compte rendu intégral : 31 mars 2014, n° 64. Discussion et vote.

VERTALING

MINISTERIE VAN DE DUITSTALIGE GEMEENSCHAP

[2014/202570]

31 MAART 2014. — Decreet betreffende de kinderopvang (1)

Het Parlement van de Duitstalige Gemeenschap heeft aangenomen en Wij, Regering, bekrachtigen hetgeen volgt :

HOOFDSTUK 1. — *Algemene bepalingen***Artikel 1.** Europese clausule.

Dit decreet voorziet in de gedeeltelijke omzetting van de Richtlijn 2006/123/EG van het Europees Parlement en de Raad van 12 december 2006 betreffende diensten op de interne markt.

Art. 2. Definities.

Voor de toepassing van dit decreet wordt verstaan onder :

1° kinderen : personen die de volle leeftijd van twaalf jaar nog niet bereikt hebben;

2° kinderopvang : de regelmatige opvang van kinderen tegen betaling en in vastgelegde ruimten, buiten de woning van de personen belast met de opvoeding;

3° dienstverrichter : natuurlijke persoon of rechtspersoon resp. vereniging zonder rechtspersoonlijkheid die in hoofdberoep, bijberoep of als vrijwilliger kinderopvang aanbiedt;

4° persoon die werkzaam is in de kinderopvang : natuurlijke persoon die als dienstverrichter of in opdracht van een dienstverrichter werkzaam is en zelf kinderen opvangt of direct en regelmatig met opgevangen kinderen in contact komt.

In afwijking van het eerste lid, 1°, kan de Regering uitzonderingen bepalen waarin ook personen die de volle leeftijd van twaalf jaar hebben bereikt, beschouwd worden als 'kinderen' in de zin van dit decreet.

In afwijking van het eerste lid, 2°, kan de Regering uitzonderingen bepalen waarin kinderopvang ook in de woning van de personen belast met de opvoeding plaatsvindt.

Art. 3. Toepassingsgebied.

Dit decreet is van toepassing op alle dienstverrichters die kinderopvang aanbieden in het Duitse taalgebied.

Art. 4. Beginsel van de kinderopvang.

Binnen de perken van het beschikbare aanbod aan kinderopvang en de beschikbare begrotingsmiddelen heeft elk gezin met behoefte aan kinderopvang overeenkomstig dit decreet en de uitvoeringsbesluiten ervan recht op kinderopvang.

Art. 5. Ontwikkeling van het kind en niet-discriminatie.

De dienstverrichters die op grond van dit decreet erkend zijn, waarborgen elk kind in de kinderopvang optimale mogelijkheden en kansen om zich te ontplooiën. Zij houden rekening met het eigen tempo van het kind en bevorderen zijn geestelijke en motorische ontwikkeling, zijn creativiteit, zijn vermogen om relaties aan te knopen en zijn sociale competentie. Voorts bieden ze voldoende structuur via regels en continuïteit in het verloop van de opvang.

Elke vorm van discriminatie in de zin van artikel 5 van het decreet van 19 maart 2012 ter bestrijding van bepaalde vormen van discriminatie is in de kinderopvang verboden.

HOOFDSTUK 2. — *Erkenning***Art. 6.** Beginsel van de erkenning.

Elke dienstverrichter die kinderopvang aanbiedt, moet door de Regering erkend zijn voordat hij van start gaat met de kinderopvang.

Art. 7. Erkenningsvoorwaarden.

Om erkend te worden, moeten de dienstverrichters op zijn minst voldoen aan de volgende voorwaarden :

1° de personen die werkzaam zijn in de kinderopvang beschikken over een uittreksel uit het strafregister (model 2) van zichzelf en beschikken, indien de kinderopvang in hun woning plaatsvindt, over een dergelijk uittreksel van alle meerderjarigen die deel uitmaken van het gezin en/of die regelmatig in contact zullen komen met de opgevangen kinderen. Indien die personen hun woonplaats in het buitenland hebben, beschikken ze over een gelijkwaardig document van een bevoegde overheid waaruit blijkt dat ze een activiteit kunnen uitoefenen op het gebied van opvoeding, psycho-medisch-sociale begeleiding, jeugdbijstand, kinderbescherming, animatie of begeleiding van minderjarigen;

2° de personen die werkzaam zijn in de kinderopvang beschikken over een medisch attest dat niet ouder is dan twee maanden en dat bekrachtigt dat hun gezondheidstoestand hen toelaat voor kinderen te zorgen;

3° voor zover dit niet blijkt uit het medisch attest vermeld in 2°, beschikken de vrouwelijke personen die werkzaam zijn in de kinderopvang en jonger zijn dan 55 jaar over een medisch bewijs dat zij zelf, en indien de kinderopvang in hun woning plaatsvindt, ook de andere vrouwelijke leden van hun gezin die jonger zijn dan 55 jaar, immuun zijn voor rodehond. De weigering van een eventueel nog noodzakelijke inenting wordt alleen aangenomen op grond van een gemotiveerd medisch attest;

4° de personen die werkzaam zijn in de kinderopvang verplichten zich ertoe geen professionele of niet-professionele activiteit uit te oefenen die onverenigbaar is met kinderopvang of die hen tijdens de openingstijden van de kinderopvangvoorziening van de zorg voor de kinderen zou kunnen afhouden.

De kinderopvang vindt plaats in een daarvoor geschikte omgeving en in ruimten die voldoende groot, veilig en proper zijn. De Regering bepaalt welke criteria daarvoor gelden en controleert de ruimten in het kader van de erkenningsprocedure vermeld in artikel 8.

De kinderopvang geschiedt met inachtneming van een opvangcapaciteit en een maximaal aantal kinderen dat tegelijk opgevangen mag worden. De Regering legt het algemene kader vast.

De Regering preciseert de erkenningsvoorwaarden vermeld in het eerste lid en kan aanvullende erkenningsvoorwaarden bepalen, voor zover die tot een verbetering van de kwaliteit van de kinderopvang kunnen bijdragen.

Art. 8. Erkenningsprocedure.

§ 1. Dienstverrichters die een erkenning willen krijgen, dienen daartoe een aanvraag in bij de Regering.

Bij de aanvraag voegen ze de stukken vermeld in artikel 7, eerste lid, en in voorkomend geval de toestemming vermeld in artikel 17, § 1, tweede lid, 4°. De Regering kan bepalen dat de aanvraag om erkenning nog andere gegevens moet bevatten, voor zover die tot een verbetering van de kwaliteit van de kinderopvang kunnen bijdragen.

De erkenning legt tegelijk voor elke dienstverrichter de opvangcapaciteit vermeld in artikel 7, derde lid, vast, alsook het maximale aantal kinderen dat hij tegelijk mag opvangen.

De erkenning is persoonlijk en kan niet worden overgedragen zonder dat een nieuwe aanvraag wordt ingediend.

De erkenning wordt principieel voor onbepaalde duur verleend. De Regering bepaalt in welke uitzonderlijke gevallen een erkenning voor bepaalde duur kan worden verleend.

§ 2. De erkende dienstverrichters dienen een nieuwe aanvraag resp. gedeeltelijke aanvraag om erkenning in :

1° indien de eventueel voor bepaalde duur verleende erkenning verstreken is;

2° indien wordt vastgesteld dat de gegevens vermeld in de erkenning niet meer met de werkelijkheid overeenstemmen of indien er anderszins aanleiding bestaat om die gegevens te wijzigen.

§ 3. De Regering bepaalt :

1° de vormen van de erkenning;

2° de procedures om in voorkomend geval een voorlopige of definitieve erkenning te verlenen;

3° de procedures om de erkenning te wijzigen;

4° de procedures om de erkenning te verlengen;

5° de beroepsmogelijkheden indien een aanvraag wordt afgewezen.

Art. 9. Verplichtingen tot behoud van de erkenning.

Voor het behoud van de erkenning komen de erkende dienstverrichters de verplichtingen vermeld in dit decreet na, met inbegrip van de voorwaarden vermeld in artikel 7 die aan de erkenning ten grondslag liggen.

De Regering kan nog andere verplichtingen voor het behoud van de erkenning opleggen, voor zover die tot een verbetering van de kwaliteit van de kinderopvang kunnen bijdragen.

Art. 10. Schorsing en intrekking van de erkenning.

§ 1. Indien de erkende dienstverrichter één of meer verplichtingen niet nakomt, maant de Regering hem overeenkomstig de door haar bepaalde regels aan om die verplichtingen na te komen.

Indien de erkende dienstverrichter, na de aanmaning vermeld in het eerste lid, de verplichtingen nog altijd niet nakomt, schorst de Regering de erkenning van de dienstverrichter en/of trekt ze de erkenning van de dienstverrichter in.

§ 2. De Regering bepaalt :

1° de procedures om de erkenning te schorsen;

2° de procedures om de erkenning in te trekken;

3° de beroepsmogelijkheden in geval van schorsing en/of intrekking van de erkenning.

Art. 11. Beëindiging van de kinderopvang.

Onverminderd een vrijwillige stopzetting van de kinderopvang hebben de intrekking van de erkenning overeenkomstig artikel 10 of in voorkomend geval het verstrijken van de voor een bepaalde duur verleende erkenning van een dienstverrichter de beëindiging van de kinderopvang tot gevolg.

De Regering bepaalt de procedures om kinderopvang te beëindigen.

HOOFDSTUK 3. — *Subsidiëring*

Art. 12. Subsidiëring.

Alleen erkende dienstverrichters kunnen, binnen de perken van de beschikbare begrotingsmiddelen, subsidies voor kinderopvang ontvangen.

De Regering bepaalt :

1° de voorwaarden voor de toekenning van de subsidies;

2° de vormen van subsidie;

3° het bedrag van de subsidies;

4° de procedures voor de aanvraag en de uitbetaling van de subsidies.

Art. 13. Beheerscontracten.

De Regering en de betrokken erkende dienstverrichter kunnen de subsidiëring en de taakomschrijving vastleggen in een beheerscontract als bedoeld in artikel 105 van het decreet van 25 mei 2009 houdende het financieel reglement van de Duitstalige Gemeenschap.

HOOFDSTUK 4. — *Vertrouwelijkheid en bescherming van persoonsgegevens***Art. 14.** Vertrouwelijkheid.

Onverminderd andersluidende bindende wets- of decreetsbepalingen moeten de personen die werkzaam zijn in de kinderopvang of die betrokken zijn bij de uitvoering van dit decreet de gegevens die hun in de uitoefening van hun opdracht toevertrouwd worden, vertrouwelijk behandelen.

Art. 15. Bescherming van de persoonsgegevens

§ 1. De Regering, alsook de inspecteurs en externe deskundigen die overeenkomstig artikel 17 zijn aangewezen, verzamelen en verwerken persoonsgegevens voor de uitvoering van hun wettelijke of decretale opdrachten, in het bijzonder voor de uitvoering van de taken vermeld in de hoofdstukken 2, 3, 5 en 6. Ze mogen de verzamelde gegevens niet voor andere doeleinden dan voor de uitvoering van hun wettelijke of decretale opdrachten gebruiken.

De dienstverrichters verzamelen en verwerken persoonsgegevens voor de uitvoering van hun wettelijke of decretale taken en verplichtingen. Ze mogen de verzamelde gegevens niet voor andere doeleinden dan voor de uitvoering van hun wettelijke of decretale taken en verplichtingen gebruiken.

§ 2. Het verzamelen en verwerken van persoonsgegevens geschiedt met inachtneming van de wet van 8 december 1992 tot bescherming van de persoonlijke levenssfeer ten opzichte van de verwerking van persoonsgegevens.

§ 3. De Regering, alsook de inspecteurs en externe deskundigen die overeenkomstig artikel 17 zijn aangewezen, kunnen alle overeenkomstig § 1 toereikende, ter zake dienende en niet overmatige persoonsgegevens uit de volgende gegevenscategorieën verzamelen en verwerken :

1° betreffende de opgevangen kinderen en de familie van de opgevangen kinderen :

- a) identiteitsgegevens en contactgegevens;
- b) gegevens over de samenstelling van het gezin;
- c) gegevens betreffende de gezondheid van de opgevangen kinderen;
- d) gegevens over de financiële situatie;
- e) gegevens over de sociale situatie;
- f) gegevens over de vaststelling van de behoeften aan dienstverlening op het gebied van kinderopvang;
- g) gegevens over het benutten van dienstverlening op het gebied van kinderopvang;
- h) gegevens over het crisismanagement bij dienstverlening op het gebied van kinderopvang;
- i) gegevens over het klachtenbeheer bij dienstverlening op het gebied van kinderopvang;

2° betreffende de personen die werkzaam zijn in de kinderopvang, alsook eventueel betreffende de dienstverrichters die een erkenning aangevraagd en/of gekregen hebben :

- a) identiteitsgegevens en contactgegevens;
- b) gegevens over de samenstelling van het gezin;
- c) gegevens over de arbeidsverhouding;
- d) gegevens over de gezondheid van de personen die werkzaam zijn in de kinderopvang;
- e) gevoelige gegevens over de personen die werkzaam zijn in de kinderopvang;
- f) gerechtelijke gegevens over de personen die werkzaam zijn in de kinderopvang;
- g) gegevens over het crisismanagement bij dienstverlening op het gebied van kinderopvang;
- h) gegevens over het klachtenbeheer bij dienstverlening op het gebied van kinderopvang;

3° betreffende de meerderjarige personen die deel uitmaken van het gezin en/of regelmatig in contact zullen komen met de opgevangen kinderen, indien de kinderopvang plaatsvindt in de woning van de persoon die werkzaam is in de kinderopvang :

- a) identiteitsgegevens;
- b) gezondheidsgegevens;
- c) gerechtelijke gegevens.

De dienstverrichters kunnen alle overeenkomstig § 1 toereikende, ter zake dienende en niet overmatige persoonsgegevens uit de volgende gegevenscategorieën verzamelen en verwerken :

1° betreffende de opgevangen kinderen en de familie van de opgevangen kinderen : de gegevens vermeld in het eerste lid, 1°;

2° in voorkomend geval betreffende de personen die werkzaam zijn in de kinderopvang die in opdracht van de dienstverrichter handelen : de gegevens vermeld in het eerste lid, 2°;

3° in voorkomend geval betreffende de meerderjarige personen die deel uitmaken van het gezin en/of regelmatig in contact zullen komen met de opgevangen kinderen, indien de kinderopvang plaatsvindt in de woning van de personen vermeld in 2° : de gegevens vermeld in het eerste lid, 3°.

De Regering preciseert de gegevenscategorieën vermeld in het eerste en het tweede lid.

§ 4. De gegevens kunnen tot vijf jaar na beëindiging van een kinderopvang verwerkt worden. Uiterlijk na het verstrijken van die termijn worden ze vernietigd.

HOOFDSTUK 5. — *Samenwerking en klachtenbeheer***Art. 16.** Samenwerking en klachtenbeheer.

De erkende dienstverrichters spreken regelmatig met de personen belast met de opvoeding van de opgevangen kinderen en werken met hen samen.

Ze nemen kennis van eventuele klachten en verwerken die klachten zoals bepaald in een door hen vastgelegd klachtenbeheer.

De Regering bepaalt de nadere regels omtrent de samenwerking tussen de erkende dienstverrichters en de personen belast met de opvoeding van de opgevangen kinderen, alsook omtrent de klachten.

HOOFDSTUK 6. — *Controlebepalingen*

Art. 17. Begeleiding, advisering en controle.

§ 1. De erkende dienstverrichters en de personen die werkzaam zijn in de kinderopvang staan onder het toezicht van de inspecteurs die door de Regering zijn aangewezen. Met het oog op de uitoefening van hun opdracht kunnen die inspecteurs de hulp inroepen van vertegenwoordigers van het openbaar gezag.

De met de begeleiding, advisering en controle belaste inspecteurs mogen alle onderzoeken, controles en opsporingen uitvoeren en alle inlichtingen verzamelen die zij noodzakelijk achten om zich te vergewissen dat de bepalingen van dit decreet en van de uitvoeringsbesluiten ervan nageleefd worden. Ze kunnen :

1° iedere persoon ondervragen over feiten waarvan de bekendheid nuttig kan zijn voor de uitoefening van het toezicht;

2° zich ter plaatse alle boeken en bescheiden voorgeschreven bij dit decreet en de uitvoeringsbesluiten ervan laten overleggen en afschriften of uittreksels daarvan maken;

3° inzage nemen in alle boeken en bescheiden die betrekking hebben op de opvangvormen die door de Duitstalige Gemeenschap erkend en/of gesubsidieerd worden;

4° alle ruimten van de erkende dienstverrichter waar de opvang plaatsvindt, in voorkomend geval ook de woningen, tijdens de openingstijden bezoeken. De aanvraag om erkenning bevat de toestemming daartoe van alle meerderjarigen die de ruimten waar de kinderopvang plaatsvindt, bewonen;

5° de woningen met toestemming van alle meerderjarige inwonenden buiten de openingstijden bezoeken;

6° met inachtneming van de voorwaarden vermeld in 4° en 5° de onderzoeken en controles uitvoeren zonder voorafgaande aanmelding en zonder door de erkende dienstverrichter of diens vertegenwoordiger begeleid te worden. In dat geval ontvangt de dienstverrichter daarna zo spoedig mogelijk een kennisgeving.

§ 2. De Regering kan externe deskundigen, onder toezicht van de inspecteurs, belasten met de taak om onderzoek in te stellen naar erkende dienstverrichters en personen die werkzaam zijn in de kinderopvang, alsook met de taak om ze te beoordelen. In dat geval ondersteunen de met die taken belaste deskundigen de inspecteurs bij de uitoefening van hun bevoegdheden vermeld in § 1.

§ 3. De aanwending van de toegekende subsidies wordt gecontroleerd overeenkomstig de wet van 16 mei 2003 tot vaststelling van de algemene bepalingen die gelden voor de begrotingen, de controle op de subsidies en voor de boekhouding van de gemeenschappen en de gewesten, alsook voor de organisatie van de controle door het Rekenhof.

HOOFDSTUK 7. — *Strafrechtelijke bepalingen*

Art. 18. Strafrechtelijke bepaling.

Wie met schending van hoofdstuk 2 een of meer kinderen opvangt, wordt gestraft met een gevangenisstraf van acht dagen tot zes maanden en met een geldboete van 26 tot 124 euro of met één van die straffen.

Art. 19. Strafrechtelijke bepaling.

Wie de inspecteurs vermeld in artikel 17 in hun werk belemmert, wordt gestraft met een geldboete van 26 tot 124 euro.

HOOFDSTUK 8. — *Slotbepalingen*

Art. 20. Wijzigingsbepaling.

In het decreet van 9 mei 1988 betreffende de opvang van kinderen tot twaalf jaar en het Fonds voor zwangere vrouwen in noodsituatie en voor kinderbescherming worden de volgende artikelen opgeheven :

1° artikel 4, gewijzigd bij de decreten van 7 januari 2002, 3 februari 2003, 20 februari 2006 en 15 maart 2010;

2° artikel 5;

3° artikel 6, vervangen bij het decreet van 19 april 2010.

Art. 21. Overgangsbepaling.

Onder voorbehoud van de toepassing van het tweede lid worden de personen of organisaties die al voor de datum van inwerkingtreding van dit decreet erkend waren op grond van artikel 4 van het decreet van 9 mei 1988 betreffende de opvang van kinderen tot twaalf jaar en het Fonds voor zwangere vrouwen in noodsituatie en voor kinderbescherming, voor de toepassing van hoofdstuk 2 beschouwd als door de Regering erkende personen of organisaties.